

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Char.ottenburg, 1. Brähestraße 2-5. — Setzruf: Amt Wilhelm 5645 und 5347

Nummer 32

Berlin, den 11. August 1923

3. Jahrgang

Mindert die Arbeitslosigkeit!

Zur Arbeitslosigkeit gezwungene Arbeitskräfte gibt es in den Industriestaaten der Welt Millionen, davon mehrere Millionen in den Vereinigten Staaten Amerikas, eine Million in England und viele Hunderttausende in Deutschland und anderen Staaten. Die Arbeitslosigkeit ist damit ein Problem geworden, das die betroffenen Staaten stark beschäftigt, das aber auch zu Gegenmaßnahmen zwingt, weil die Länder für die Arbeitslosigkeit große Mittel aufbringen müssen. In Vorkriegszeiten hatten es die Regierungen leicht, da überließen sie die Arbeitslosen einfach ihrem Schicksal, in Amerika ist das heute noch der Fall. In den Nachkriegsjahren ging das nicht mehr. Die Staatsverwaltungen in Europa waren gezwungen, die Arbeitslosen zu unterstützen, ihnen helfen beizustehen. Da aber dadurch weder den Arbeitslosen noch dem Staat, noch der Wirtschaft geholfen ist, wird versucht, Auswege zu schaffen, die aus den Schwierigkeiten hinausführen. Bei uns in Deutschland sind vor allem die Sozialisten in der Regierung bestrebt, die Arbeitslosigkeit zu verringern. Sie setzen dabei jedoch auf Schwierigkeiten, weil die Wirtschaftsmächte ihnen aus politischen Gründen hindernd im Wege stehen, und weil die Geldmächte in Deutschland nicht Förderer des Fortschritts sind und deshalb gegen sozialistische Bestrebungen zur Verbesserung der Lage eingestellt sind. Wenn diese Kräfte Sozialisten bei ihren Regierungsamtlichen Schwierigkeiten bereiten können, so tun sie das mit womöglichstem Verhagen. Das ist auch ein Grund mit, daß sich bei uns in Deutschland die Konjunktur gegenwärtig nicht recht bessern wird, daß vor allem die Beschäftigungslage nicht günstiger zu werden vermag bei dieser Einstellung der Wirtschaftsmächte.

In England steht es mit der Arbeitslosigkeit noch schlechter als bei uns in Deutschland. Dort sind es namentlich drei Industrien, die am schwersten darnieder liegen.

Der Kohlenbergbau, die Eisenindustrie und die Textilindustrie. Am schwersten ist der Kohlenbergbau betroffen. Dies liegt an den bekannten Gründen des Kohlenüberschusses und der Erhöhung der Förderung durch Rationalisierung und anderen Maßnahmen. Der englische Kohlenbergbau ist von öffentlichen Mitteln jahrelang unterstützt worden. Der große Streik brachte indes deshalb aus, weil die Regierung sich dieser großen Last entledigen wollte. Gegenwärtig ist man wiederum dabei, eine indirekte Staatshilfe für den Kohlenbergbau einzuführen. In der Eisenindustrie ist sowohl die Erzeugung als die Eisenverarbeitung von der Krise betroffen, von letzteren vor allem der Schiffbau, der schwer darniederliegt.

Welche Vor schläge werden nun in England gemacht, um diese Massenarbeitslosigkeit zu mildern. Anfang dieses Jahres wurde eine Kommission unter dem Namen Industrial Transference Board gebildet. Dieser soll endgültige Vor schläge zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit machen. Der jetzt vorliegende Bericht dieser Kommission enthält u. a. den Vor schlag, aus den Bezirken des Kohlenbergbaues und der Eisenindustrie Arbeiter nach anderen Bezirken Englands oder nach anderen Ländern, namentlich nach den schwach bevölkerten Kolonien, zu versetzen. Man ist zu der Meinung gelangt, daß selbst bei ähnlicher Geschäftslage im Bergbau 200 000 Arbeiter und in der Eisenindustrie 100 000 dauernd beschäftigungslos bleiben. Will man diese Arbeiter in anderen Gegenden anstellen, so muß mit der Verpflanzung einer Bevölkerungszahl von mindestens 600 000 bis 800 000 gerechnet werden. Das eine solche Ueberführung großer Arbeitermassen nicht so leicht ist, braucht nicht des näheren auseinanderzugesetzt zu werden.

Es sind aber auch noch andere Vor schläge, die zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit in England gemacht werden. Der englische Wirtschaftstheoretiker N. M. Keynes setzt sich in einem Artikel im "N. Z." mit der Notlage der englischen Wirtschaft auseinander. Er wendet sich gegen die Forderung der Unternehmer, die hohen Löhne Englands herabzusetzen. Ein weiterer Weg, den Schwierigkeiten Herr zu werden, ist die Rationalisierung, welche in der Einschränkung nicht rentabler Zweige und in der Beschränkung auf wichtigeren Geschäftszweigen ihren Ausdruck findet. Der dritte Weg ist der Versuch, die Volkbeschäftigung wichtiger Industriezweige durch künstliche Nachhilfe zu erreichen. Der Plan von England und dem englischen Schatzkanzler fallen hierbei wichtige Funktionen zu. Die Bank von England soll die Kreditbasis soweit vermehren, daß jeder Kredit suchende die notwendigen Mittel erhält, um seine Geschäfte fortzuführen und zu erweitern. Also eine künstliche Kapitalversorgung soll das Mittel sein, den Mechanismus der englischen Wirtschaft wieder in Gang zu setzen. Zu den Maßnahmen, die der Schatzkanzler vornehmen soll, rechnet Keynes folgende:

„Jede öffentliche Verwaltung und jede Lokalbehörde sollte ermächtigt und unterstützt werden, alle guten Pläne für Kapitalanlagen, die fertig vorliegen oder vorbereitet werden können, durchzuführen, wie Straßen-, Brücken-, Hafenanlagen, Errichtung von Gebäuden, Wiederlegung verschmutzter Viertel, Elektrifizierungen, Telephonverbindungen usw. Solange wir unbeschäftigte Arbeiter, sowie stillliegende Fabriken und mehr Ersparnisse haben, ist es zu Haus verwenden, ist es töricht zu sagen, daß wir uns solche Dinge nicht leisten können. Denn mit den unbeschäftigten Arbeitern und Kapitalanlagen und mit nichts anderem werden diese Dinge getan. Arbeiter, Zement, Stahl, Maschinen und Transportmöglichkeiten zur Verfügung zu haben und zu sagen, daß man es sich nicht leisten kann, ist wie zu sagen, daß man es sich nicht leisten kann, ein Haus zu bauen oder was sonst auch sein mag, in Angriff zu nehmen, bedeutet ernste Selbstverleugung.“

In Deutschland könnte es auch nichts schaden, wenn der Minderer der Arbeitslosigkeit größere Beachtung geschenkt, wenn dem Stillstand der Konjunktur mehr entgegengekehrt würde. Im Verlaufe wurden in den letzten Monaten mehrere tausende von Arbeitern auf erzwungenen Erwerb entlassen, und die Arbeitslosenlisten, sowie die der Ausgesetzten nehmen nur wenig ab. Daran ist hervor, daß auch bei uns das Problem wichtig ist. Da sich aber in Deutschland immer noch der Reichsbankpräsident und andere Stellen mit ihren Maßnahmen gegen den Zustrom von Auslandskapital wenden, und in der Kreditverleihung nicht auf den richtigen Gang der

Nachwort zum Verbandstag.

Der Verbandstag in Hamburg war der erste nach der Verschmelzung. Für die dadurch hinzugekommenen Mitglieder des Keramischen Bundes war er etwas Neues, und aus dem Munde der Delegierten der Porzellan- und Glasarbeiter hörte man ja auch Versicherungen, daß die Verbandstage der ehemaligen Berufsverbände ganz anders waren. Das ist ja auch erklärlich. Eine Organisation von dem Ausmaß, wie der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands eine ist, muß eben anders auftreten und handeln, wie es eine kleine Berufsorganisation tut. Besondere Berufsfragen, die das Hauptaugenmerk der Mitglieder von Berufsverbänden auf sich lenken, können auf dem Verbandstage des Fabrikarbeiterverbandes nicht behandelt werden. Trotzdem konnte man die Wahrnehmung machen, daß doch die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der Glas- und Porzellanarbeiterverbände großen Anteil am Verbandstag nahm, und hauptsächlich wegen der Einführung der Invalidenunterstützung.

Der neue Unterstützungszeitpunkt nimmt vor allem das Interesse der älteren Mitglieder voll in Anspruch, und der Verband hat sicher großen Vorteil davon. Wenn es uns möglich wäre, mit irgendeiner neuen Einrichtung auch die Jugendlichen so gewerkschaftlich anzuregen, wie dies mit der Einführung der Invalidenunterstützung bei den langjährigen Mitgliedern der Fall ist, befähige der Verband damit so starke Antriebskräfte, daß es mehr als erträglich wäre. Wir wollen hoffen, daß es uns in irgendeiner Weise auch einmal gelingt, die jugendlichen Verbandsmitglieder so anzuspornen, daß sie ihre ganze Kraft für das gewerkschaftliche Vollen und Kämpfen einlegen. Wenn wir dahin kommen, werden die Verbände über die organisatorischen Hauptprobleme hinweg sein.

Unsere Kollegenschaft bekommt durch derartige Einrichtungen immer mehr Rechte, ohne besonders harte Pflichten. Das mühsam Erworbene aufgeben zu wollen, würde sehr nachteilig wirken. Der Verlust von Rechten und langjähriger Anwartschaft würde schmerzhaft sein. Deshalb versucht jeder jedes Mitglied, seine Rechte zu wahren und zu erweitern. Die Arbeiter und Arbeiterinnen können nun, soweit sie noch nicht in unserem Verbands sind, mehr und mehr darauf verwiesen werden, daß sie Vereinigungen mit Vorzugsangehörigen für das Alter und Invalidität nicht mehr beitreten und angehören brauchen, wenn sie vorerst sein wollen, sondern daß ihnen das namhafte der Verband der Fabrikarbeiter bei einer wöchentlichen Beitragsleistung nach der Höhe des Verdienstes in der einwandfreiesten und besten Weise gewährt. Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen gehen heutzutage auf gewerkschaftliche Versicherungen bei Zeitschriftenverleibern ein; sie haben das nicht mehr nötig. Es ist besser, wenn sie die dazu verwandten Geldmittel zu ihrer gewerkschaftlichen Organisierung verwenden und sich so gegen die Härte der Zeit versichern. Auf diese Weise können sie sich viel besser vorhaben als anderswo, und erwerben sogar das Recht der Mitbestimmung über ihre Beiträge.

Die Einführung der Invalidenunterstützung bleibt eine soziale Tat, ein positives Mittel für treue Anhängerschaft. Keine Versicherung kann solches bieten.

Als ein Fortschritt müssen auch die Beschlüsse des Verbandstages zu den anderen Tagesordnungspunkten gewertet werden. Besonders die Punkte der Entschiedenheit, daß es Aufgabe des Verbandes ist, bei der Lösung der Fragen mitzuwirken, die eine völlig gleichberechtigte Stellung der Arbeiterklasse in Staat und Gesellschaft anstreben und zu einer vollen Anerkennung des Wertes und des Rechtes der Arbeit führen. Ferner: Ausbau der Krisenfürsorge in der Arbeitslosenversicherung, um den Opfern dieser Wirtschaftsform die Lebensmöglichkeit zu sichern. Das ist ja mit ein Hauptaufgabenfeld unserer Zeit, der sich wie bisher auch weiterhin im Reichstag für diese Forderung mit aller Schwärze einsetzen wird. Auch dafür hat sich der Verbandstag ausgesprochen, einzutreten für die älteren Arbeiter, die bei dem Stande der Technik und Mechanisierung keine Arbeit mehr finden.

Besserstellung der Versicherungen in der Invalidenversicherung, sowie Vereinheitlichung

und Vereinfachung der Sozialversicherung, Ausbau des Arbeiterrechtes, Erlassung der Berufsstrafgesetze als Unfallkatastrophen und wirklicher Gewerkschaften gehören mit in das soziale Gebiet, in dem der Verband nun noch mehr praktische Arbeit leisten will.

Der Verbandstag richtete auf dieser Tagung sein Hauptaugenmerk auf die Bekämpfung der sozialen Mächte der Epoche des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die dessen reaktionäre und schamlosmachende Vertreter nicht anerkennen wollen, für die ein Teil jener Kreise sogar nur Spott und Hohn übrig hat, weil er sie nicht kennt und nicht darunter zu leiden hat.

Gewarantieren, zermürdeten, aus der Arbeit verdrängten Menschen soll geholfen werden, darin gipfeln die Beschlüsse und Anregungen des Verbandstages. Sind das nicht echt christliche Taten?

Was der Verbandstag in der Frage der Jugendbewegung, der Bildungsbestrebungen als seine Ziele zu erkennen gab, dient auch zum Schutze der Gesundheit und zur Förderung der geistigen Wachen, sowie zur kulturellen Entwicklung der Arbeiterklasse.

In gewerkschaftlicher Hinsicht legte der Verbandstag ein Verbot ab, daß er weiterhin in Gemeinschaft mit den anderen Organisationen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die organisatorische Entwicklung fördern wird. Wohl bedeutet die Ablehnung der Anträge der Statutenberatsammission eine Einschränkung dieses in der dazu angenommenen Entscheidung niedergelegten Bekenntnisses, es wird aber nach weiteren drei Jahren Klärung unter der Mitwirkung und den Konsultationen des Verbandes möglich sein, auch auf diesem Wege zu den einheitlichen Grundfragen der Reformkommission zu kommen, denn die vermeintliche Fälschung von Anmerkungsbezügen wird durch die einheitlichen Reformbestimmungen wieder ausgeglichen. Die Zeiten eines gesunden gewerkschaftlichen Geistes müssen allmählich denen für das gemeinschaftliche Streben und Handeln der gesamten freien Gewerkschaften weichen.

Im großen und ganzen sind die Beschlüsse des Verbandstages und seine Hinweise für die künftige Tätigkeit des Gesamtverbandes der Ausdruck der Willensmeinung von 170 000 Mitgliedern, einer Organisationsmacht, die auch zum Kampfen für ihre Richtlinien und Ziele bereit ist. Darin liegt ihre große Bedeutung.

Es ist anzunehmen, daß auch die Mitglieder sich dafür einsetzen werden, die unter dem Einfluß sogenannter oppositioneller Vertreter stehen. Die Delegierten dieser Richtung haben ja eine unerfreuliche Rolle auf dem Verbandstag gespielt, weil sie grundsätzlich das Gegenteil des Vollens der überwiegenden Mehrheit der anderen Delegierten vertraten und damit den Boden unter den Füßen verloren. Diese kämpfhaften Versuche, unbedingt eine andere Auffassung zu vertreten, wirken förmlich und schädigend für das Allgemeinwohl des Verbandes, weil einmal die Gegner daraus Nutzen ziehen, weil die Geschlossenheit der Organisation darunter leidet, und weil alle guten und gesunden Vernunftgründe außer Acht gelassen werden. Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung wird dadurch gestört und der Verband hat von dieser Opposition nur Schaden, aber keinerlei Nutzen. Diese Auswirkungen einer krankhaft geäußerten Opposition sind Tatsachen und bilden damit einen großen Nachteil für die Bewegung. Die Wahrung dieser unveränderlichen Streitfriede wäre vielleicht die beste Waffe gegen ihr Auftreten, denn sie haben keineswegs die Bedeutung, die man ihnen durch die Bekämpfung mit sachlichen Argumenten beimiht.

Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands kann auf keinen Fall den Verbandstag mit Stolz hinweisen. Er übertrug der Öffentlichkeit Willensmeinungen über starken Kampfeswillen, geistigen Muthalt und heeresfähiger Zuversicht. Was die Mitgliedschaft weiterwirken im Ausbau dieser Organisation, dann wird es möglich sein, die aufgestellten Forderungen und Ziele recht bald in die Tat umzusetzen.

Jedes Mitglied muß dieser Wille befehlen! E. N.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Jahre 1927.

Das Jahr 1927 war für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ein Jahr des Fortschritts. Die gebesserte Wirtschaftslage wirkte förderlich auf die gewerkschaftliche Entwicklung. Die Mitgliederzahlen stiegen, und die meisten der Verbände füllten sich. Damit steigerte sich selbstverständlich die gewerkschaftliche Regsamkeit und die Schlagkraft der Organisation. Die Aufwärtsbewegung war mit dem Ablauf des genannten Jahres nicht etwa zum Stillstand gekommen, sondern ging im Jahre 1928 weiter, und ist die Gewähr für die Erstarrung der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen. Nach den schweren Inflations- und Krisenjahren sind Mitgliederzunahme und Einnahmestärkung ganz erhebliche Tatsachen, die auch weiterhin günstige Auswirkungen haben werden.

Im Berichtsjahr betrug die Zunahme 42 751 = 12,2 % Mitglieder. Nach der vorläufigen Mitgliederstatistik des ADGB ist bis März 1928 eine weitere Vermehrung der Mitgliederzahl um rund 132 000 eingetreten, so daß ausgehend von dem im September 1926 eingetragenen Bestand an Mitgliedern der ADGB bis März 1928 ein Gewinn von 655 000 Mitgliedern zu verzeichnen hat. Allgemein günstig entwickelte hat sich der Metallarbeiterverband, der im Berichtsjahr um 140 410 Mitglieder zunahm. Der prozentuale Zuwachs ist jedoch am stärksten beim Tabakarbeiterverband, der seine Mitgliederzahl um 12 421 vermehrte.

Im Jahresdurchschnitt tritt die Mitgliederentwicklung nicht so gut hervor als bei der Gegenüberstellung der Jahres-

Wirtschaft hinarbeiten, wäre es angebracht, alle verantwortlichen Stellen mehr auf ihre Pflichten, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, hinzuweisen. Viel könnte noch getan werden, wenn die kommenden Geld für werbende Zwecke zur Verfügung gestellt belämen, wenn die Reichsbahn ohne Tarifserhöhung Kapital zur Erledigung ihrer dringenden Arbeiten erhielt, wenn dem Bauplan noch rasch wieder Mittel zur Verfügung kämen. Hierin müssen die Sozialisten in der Regierung die Dinge vorwärts treiben und Taten mit günstigen Auswirkungen für die Wirtschaft vollbringen.

Die Verminderung der industriellen Reservearmee gehört auch in Deutschland zu den dringendsten Notwendigkeiten einer gesunden Wirtschaftsentwicklung. Wie Kennes mittelst, beträgt die Nettoproduktion einer arbeitenden Person in England 20 Pfund Sterling; das sind 4100 RM. Eine Million nichtarbeitender Personen vermindert also die Produktion um 1,1 Milliarden Reichsmark. Um diese ungeheure Summe wird die Kaufkraft auch der deutschen Bevölkerung geschwächt; denn auch bei uns werden rund 900 000 bis 1 Million Arbeitslose vorhanden sein. Daraus ergibt sich die volkswirtschaftliche Wichtigkeit des Arbeitslosenproblems. Kein Einfluß dürfte zu hoch sein, um hier zu einer Besserung zu gelangen. Von einer Milderung der Arbeitslosigkeit hängt aber zum großen Teil auch die Gewerkschaftsarbeit ab. Das dringende Interesse der Gewerkschaften, die Krise auf dem Arbeitsmarkt bald zu mildern, ist deshalb verständlich. Eine hungernde Bevölkerungsschicht, die nach Willkür zählt, ist nicht nur eine schwere Last für den Staat, eine ungeheure Bürde für die Wirtschaft, sondern auch ein Hindernis für die Kulturarbeit der Gewerkschaften.

endzahlen. Es zählten die Verbände im Durchschnitt des Jahres 1927 insgesamt 1.150.100 Mitglieder gegen 8.977.000 im Vorjahre.

Die nächstjährige Statistik wird in bezug auf die Mitgliederentwicklung im Jahresdurchschnitt erheblich bessere Resultate aufweisen können, da erst in ihr der Aufstieg der Mitgliederzahlen im Berichtsjahr zur völligen Geltung kommt.

Zu einer günstigen Entwicklung der Gewerkschaften gehört auch die Vermehrung und Erhöhung des finanziellen Rückhaltes. Das zeigen im Jahre 1927 auch die Einnahmen der Verbände.

Die Ausgaben der Verbände lassen im Berichtsjahr eine gegen das Vorjahr völlig abweichende Gestaltung erkennen. Bei ihnen tritt der Unterschied zwischen den Zeiten einer Wirtschaftskrise und einer guten Konjunktur recht deutlich zutage.

Vollezieht sich das neue Wachstum der Verbände auch nicht in dem gleichen fürstlichen Tempo wie nach Beendigung des Krieges, so können doch die gegenwärtigen Fortschritte der Gewerkschaften als eine gute Bürgschaft für den sicheren Aufstieg der Arbeiterklasse zur wirtschaftlichen Macht angesehen werden.

Entsprechend den allgemeinen Fortschritten der Gewerkschaftsbewegung haben auch die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1927 eine günstige Entwicklung anzuwiesen. Ein gutes Verdienst an diesem können Wiedererwachen haben die vom A.D.G.B. geschaffenen Bezirksausschüsse.

Zu 108 Orten besitzen die Gewerkschaften eigene Gewerkschaftshäuser. Von 48 Ortsausschüssen werden eigene Verwaltungsbüros und 122 Arbeitersekretariate zur Rechtsberatung der Mitglieder unterhalten.

Die finanzielle Grundlage der Ortsausschüsse wird gebildet durch Beiträge der angeschlossenen Gewerkschaften, die meistens pro Mitglied festgelegt sind. Seit dem Jahre 1924 ist eine ständige Aufwärtsbewegung der Beitragsleistung zu beobachten.

Die Gesamteinnahme betrug 3.450.288 RM., davon kommen 2.664.306 RM. auf Beiträge und 845.982 RM. auf sonstige Einnahmen.

Die Gesamtausgabe belief sich auf 3.131.950 RM. Für Bildungswecke wurden 493.543 RM. und für Arbeitervertreterwahlen 56.583 RM. verausgabt.

Die in diesen Zahlen enthaltene organisatorische Macht des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist schon ein Faktor, den unsere Gegenseite und der Staat beachten müssen.

Wenn diese Organisationsmacht soweit ist, daß jedes Einzelmitglied die Notwendigkeit seines stetigen gewerkschaftlichen Handelns nach den Verbandsverfassungsbestimmungen erkannt hat, dann braucht uns nicht mehr bange sein wegen der Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaft zur Gemeinwirtschaft.

Wollen wir dazu beitragen, die Organisationsmacht durch Einreihen der Fernstehenden zu erweitern, wollen wir alles tun, die in ihr schlummernden Gesamtkräfte zu entfalten, dann geht es auch in den nächsten Jahren mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund weiter aufwärts und vorwärts.

Die Gewerkschaften hatten Mitglieder:

Table with 5 columns: Name des Verbandes, am Ende des Jahres 1927, am Ende des Jahres 1926, im Jahresdurchschnitt 1927, davon weibl. Includes categories like Baugewerksbund, Bergbauarbeiter, Metallarbeiter, etc.

1) Verband hat nicht berichtet.

Verbandstag der deutschen Glasarbeiter der Tschechoslowakei.

Am 29. und 30. Juli fand in Aulitz bei Prag der Verbandstag des Generalverbandes der Glasarbeiter statt. Da zu erwarten war, daß die Beschlüsse dieses Verbandstages für die gesamten Glasarbeiter von großer Bedeutung sind, sind es schließlich der erste Verbandstag war, bei dem diese Organisation abhielt, so war er besonders stark besucht.

Der Verbandstag des Verbandes, der in Prag hatte bei der Eröffnung, daß auf diesem Verbandstag der Beschluß zu fassen sei, eine andere Organisationsform zu wählen. Es soll hierüber berichtet werden, ob der Zusammenstoß mit dem Verband der tschechisch sprechenden Glasarbeiter und dem Verband der polnisch sprechenden Glasarbeiter zu einer großen tschechischen Organisation mit dem Ziel, den tschechischen Arbeiterverband beizutreten, stattfinden soll.

Zu Beginn der Sitzung, bei der Herr Komara als Vorsitzender des Verbandes gab, trat besonders scharf der Streit zwischen tschechischen und polnischen Delegierten und Umgegend hervor. Es ist aber auch erklärlich, daß in einer Organisation, die aus Millionen Arbeiter besteht, ein solcher Streit auf dem Verbandstag zur besonderen Kritik herausfordert. Herr Komara wies darauf hin, daß anzuerkennen ist, daß der Streit aus der ungleichen Not der Arbeiter geboren wurde. Leider waren

die Voraussetzungen zu einem Erfolg nicht gegeben. Der wirtschaftliche Niedergang hatte eine ungeheure Arbeitslosigkeit hervorgerufen, und die Betriebe waren nur zum Teil beschäftigt. Die Arbeiter waren unversichert, ohne daß sich die leitenden Instanzen der Organisation mit der Bewegung beschäftigt hatten, brach der Streit aus. Nach den Bestimmungen unseres Statuts durfte Streit nicht unterstützt werden. Wenn wir anders handelten, dann hätte dazu drängen können, die Zustimmung zu geben, dann hätte das Unternehmertum bewußt war, unsere Organisation zu zerschlagen.

Die Streikenden nicht unterstützen, und auf der anderen Seite haben die Vertreter der kommunistischen Partei, die sich schon demselben rechneten, daß wir die Zustimmung zum Streik nicht geben würden. In dieser Zwangslage besand sich der Vorstand. Wir glaubten, im Interesse unserer Kollegen und der Gesamtorganisation zu handeln, und haben das Beste gewollt. Wir haben unseren Kollegen zu dienen versucht und den beiden feindlichen Brüdern das Konzept vorgelesen. Leider können wir nicht von einem günstigen Erfolg sprechen. Die Not zwang besonders die unorganisierten, später aber auch die Organisierten zum Streikbruch. Die Einheitsfront innerhalb der Bewegung war nicht aufrecht zu erhalten und in einem Teil der Betriebe besanden sich bereits 50 Prozent Streikbrecher. Das zwang uns, den Kampf abzubrechen. Wir konnten nicht warten, bis ein größerer Teil unserer Mitglieder schließlich durch die allergrößte Not Streikbrecher wurden, die wir dann später hätten auszuweichen müssen. Was im Kampfe muß alles geschehen, um die Organisationskraft aufrecht zu erhalten. Wir waren gezwungen, den Kampf abzubrechen, und nun schimpfen die Freunde von links wieder auf uns, daß der Vorstand den Kampf nicht bis ins Unerlöbliche hinauszogezogen hat. Der Vorstand des Verbandes muß aber selbst wissen, wie die Entscheidung zu fällen ist und darf nicht zulassen, daß ihm von rechts oder links irgendwelche Vorwürfe gemacht werden. Der Vorstand hat den Streik abgebrochen im vollen Bewußtsein, der Organisation zu dienen.

Wir müssen offen anerkennen, daß der Streit zu einer Misere führte, wie sie die Organisation bisher nicht kannte. Trotzdem haben wir uns sehr bald wieder auferhoben und sind bereits heute wieder genau so kräftig da wie vor dem Streik. Das ist ein Beweis, daß das Vertrauen zur Organisation nicht erschüttert worden ist.

In der Diskussion erhoben vor allen Dingen die antwerkliche Vertreter der kommunistischen Richtung ihre Stimme, um gegen den Vorstand zu arbeiten. Die übergroße Mehrheit der Delegierten vertrat aber die Auffassung, daß die Entscheidungen Hauptvorstandes für die Gesamtorganisation das Beste bedeuteten.

Der nächste Punkt der Tagesordnung: Verschmelzung, wurde vom Vertreter der Gewerkschaftszentrale, Herr K. Madsen, in zweistündiger Rede behandelt. Madsen sprach die Vorgänge in anderen Organisationen, wie das in Deutschland und Norwegen, sowie die Arbeiter der Keramik zum keramischen Bund innerhalb des tschechischen Verbandes zusammengetreten sind. Auch innerhalb der tschechischen Arbeiterorganisation erfolgte eine größere Konzentration. Starke leistungsfähigen Verbänden schließt sich das Unternehmertum zusammen und auch die Arbeiter haben deshalb die Möglichkeit ihrer Organisation zu größerer Machterfassung zu bringen. Madsen legte dem Verbandstag folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde:

Die immer mehr fortschreitende Konzentration der Betriebe, die Zentralisierung der Industrieunternehmen, die waltigen Umwälzungen, die durch die fortschreitende Technik und Einführung von Maschinen im Produktionsprozess stattfinden, bedingen auch naturgemäß eine Umstellung und Reorganisation der Gewerkschaftsorganisation. Diese Umstellung machen sich im besonderen in der Glas- und Keramikindustrie dieses Staates bemerkbar und kann als Folge davon als nächste Aufgabe der gewerkschaftlich organisierten Glas- und Keramikarbeiter zur Zusammenfassung aller Kräfte in einen einheitlichen Industriegruppenverband der Glas- und Keramikarbeiter sein.

Der VII. ordentliche Verbandstag des Zentralverbandes aller Glasarbeiter und verwandter Berufe ist sich der ihm gestellten Aufgabe in dieser Frage voll und ganz bewußt, begründet auf das freudigste, daß bereits durch ein gemeinsames Komitee alle Voraussetzungen für die Bildung einer Industriegruppenorganisation geschaffen sind und die ausgearbeiteten Entwürfe der Statuten für den neuen Verband, die Ortsgruppen, sowie die Geschäftsordnung, welche bereits von der gemeinsamen Konferenz am 21. und 22. April 1929 in Teplitz-Schönbau genehmigt worden sind, die richtige Grundlage hierfür bilden.

Diesen Vorschlägen des gemeinsamen Komitees wird voll und ganz zugestimmt mit dem Wunsche, daß die auf den Verbandstagen der Keramikarbeiter sowie der Glasarbeiter vorliegenden Anträge noch einmal Gegenstand von gegenseitigen Verhandlungen bilden mögen, um dort zu verhandeln, wie weit sich die einzelnen Ausmachungen vereinigen lassen. Dadurch darf aber kein Fall die praktische Durchführung der Verschmelzung beider Verbände erschwert oder gehindert werden.

Der Verbandsvorstand wird beauftragt, in diesem Sinne alle erforderlichen Vorbereitungen und Maßnahmen zu treffen, welche eine baldige Verschmelzung der beiden Organisationen sowie die Unterbringung derselben in ihren neuen Verband in Teplitz-Schönbau ermöglichen. Der Verbandstag hat aber an den dringlichsten Wunsch, daß durch die notwendige Verschmelzung der Verbände der Glas- und Keramikarbeiter ein besseres Verhältnis mit der tschechischen Arbeiterklasse des Staates nicht beeinträchtigt wird und hofft, daß nach vollzogener Verschmelzung der beiden Organisationen die Möglichkeit gegeben sein wird, eine Vereinigung aller Glasarbeiter des Staates in dem neuen Industriearbeiterverband herbeizuführen.

Die Zusammenfassung der beiden bestehenden Verbände in einen einheitlichen Industriegruppenverband der Glas- und Keramikarbeiter ist eine Tat von großer geschichtlicher Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung dieses Staates, im besonderen aber für die Entwicklung der Kampfbewegung der Glas- und Keramikarbeiter und wird die größte Vegetierung auslösen. Durch wird ein Vollwerk geschaffen, an welchem für die Zukunft alle Angriffe des Unternehmertums zerfallen werden und wodurch die Voraussetzungen gegeben sind, stark vorwärts zu schreiten. Der Verbandstag ist überzeugt davon, daß dieser Beschluß die vollste Zustimmung unserer Mitgliedschaften findet und daß alle in Zukunft mit ihrer ganzen Kraft für die Einheitsorganisation wachen und agitieren werden.

Dieser Beschluß des Verbandstages wurde mit starkem Beifall begrüßt. Wir wollen hoffen, daß recht bald die Tat folgt, die den Zusammenstoß stattfindet. Die Vorbereitungen sind getroffen. Leider wurde der Termin des Zusammenstoßes nicht bestimmt. Jedoch ist zu erwarten, daß dieser recht bald stattfinden wird.

Weiter beschäftigte sich der Verbandstag mit der Sozialpolitik. In einer längeren Diskussion wurde vor allen Dingen verlangt, daß der 8-Stundentag zur Durchführung kommen müsse, daß ein Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter unter 16 Jahre einzutreten habe, und daß die Arbeitslosen der Frauenerwerbszeit gefördert werden müsse. Weiter haben wir besonders hervor, daß auch der graue Star als Berufskrankheit anerkannt und entschädigt werden muß. Damit waren die Hauptarbeiten des Verbandstages erledigt.

Kollege Delant hielt darauf folgende Ansprache: Liebe Genossen! In unserem internationalen Verband sind wir der Folge unserer Kongresse und ihrer Entschlüsse arbeiten wir in allen Ländern nach demselben Programm. Die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Krisen haben oft Umstände hervorgebracht, die uns hinderten, unseren Kampfswillen in die Tat zu setzen.

Wegen dieser Krisen haben wir nicht immer die Ziele erreicht, die zu erreichen wir uns vorgenommen hatten. Die politische und wirtschaftliche Lage, die nicht in allen Ländern gleich war, ließ nicht immer gemeinsame Aktionen zu. Der Verband tot, was er konnte, in dem Maße, als die wirtschaftliche Lage es gestattete.

Die ernsthafteste Krise ist wohl die, die aus der technischen Revolution resultiert, die in der gesamten Glasindustrie Europas freien Lauf nimmt.

Die Folgen sind für uns äußerst weittragend. Wir werden dadurch unseren Verfall verlieren und auf Grund dieser Tatsachen werden unsere Organisationen schwach werden. Wir verlieren also immerhin Kräfte. Um neue Kräfte zu gewinnen, sind wir zu dem Schluß gekommen, daß es notwendig ist, unsere Organisationen mit denen der Chemischen und besonders der keramischen Arbeiter zu vermischen.

Wir arbeiten daran, die Verschmelzung in allen Ländern zu beschleunigen. Was sie in ihrem Lande sehen, ist ein Beispiel im Kleinen von den Industriellen Europas. Innerhalb einer Zeit von drei Jahren sind in allen Ländern unsere Industriellen fast gänzlich zu Maschinenarbeitern geworden. Derselbe Zustand zeigt sich auch in der Maschinenindustrie.

So wird die Aktion der Gewerkschaft immer mehr zur gemeinsamen Klassenaktion. Sie wird auch immer mehr zu einer internationalen Klassenbewegung im Kampfe gegen die Arbeitergeheimnisse, die Parteien, Trümpfe und internationale Kartelle ausschließen sucht.

Diese internationalen Organisationen, die im allgemeinen von den industriellen Führungskräften dirigiert werden, werden ohne Rücksicht auf unsere proletarische Bewegung nur zur allgemeinen Sicherung des Kapitalismus gegründet. Darum wächst für uns die Notwendigkeit, von den Regierungen eine Kontrolle darüber zu verlangen. Darum entsteht aber auch für die Arbeiter die unbedingte Notwendigkeit, dieser Vier gegenüber sich enger zu schließen.

zusammenzuschließen, um von den neuen Produktionsmethoden und der Rationalisierung den ihnen gebührenden Teil zu erhalten. Dar- aus entficht für uns der Zwang des Klassenkampfes. Das Ge- fühl des Bedürfnisses für diesen Kampf wächst in uns, da sich in den meisten Ländern eine Tendenz des sozialen Rückganges be- merkbar macht, da die Arbeitgeberchaft, durch rückständige Re- gierungen unterstützt, gegenüber den von den Arbeitern geforder- ten Reformen zeigt und nicht verhehlt, daß sie willens ist, von dem internationalen Proletariat so schwer erworbenen Ach- tungsbekundungen zu lassen, und wir entrissten und beunruhigen uns darüber, daß sich die Diktatur in einigen Ländern hält und den anderen Nationen, die bis jetzt demokratisch waren, Fort- schritte macht.

In Griechenland werden Arbeiter erschossen; in anderen Balkanstaaten ebenso wie in Italien gefoltert; in Spanien ein- fach ins Gefängnis geworfen, und in allen Ländern versucht man, ihnen das Recht, sich zu organisieren, einfach zu nehmen oder soweit wie möglich einzuschränken. In den fernsten Ländern des Ostens werden Frauen und Kinder in den Fabriken bei Ar- beitsstagen von 12- bis 14stündlicher Dauer ausgebeutet und er- halten dabei nur Hungerlöhne.

Glücklicherweise gibt es auch bessere Situationen, deren Strahlen unsere Hoffnungen stärken. Ich möchte hier über Deutschland sprechen, dessen Proletariat soeben seine politische Reife bewiesen hat, indem es den Erfolg des Sozialismus und der Demokratie bewies.

Dieses wichtige Ereignis gibt uns dennoch die Versicherung, daß eine Annäherung Deutschlands an Frankreich möglich ist, die uns zu dem Weltfrieden und zu den Vereinigten Staaten von Europa führen wird.

Als Franzose freie ich mich dieser Annäherung, deren Sym- ptome sich in den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen und intellektuellen Bewegungen der beiden Länder auswirken. So gehen wir der Verwirklichung der seit Ende des Krieges durch die internationale Gewerkschaftsbewegung formulierten Gelübde zum Frieden entgegen. Ich will mich nicht in Ihre Meinungs- behauptungen einmischen, weil das nicht zu meinem Auftrag gehört. Ich erlaube mir nur, Sie zu beglückwünschen, daß Sie trotz Ihrer Meinungsverschiedenheiten die Einheit Ihrer Organisation gewahrt haben. Ich wünsche Ihnen in Zukunft, ebenso guter Meinung zu sein, wie bisher und besonders Ihre Einigkeit auf- recht zu erhalten.

Ich kann um so mehr den Wert der Einigkeit einschätzen, als sie in meinem Lande zerstört worden ist. Die Folge ist, daß die Gewerkschaft sich in einem bedauerlichen Zustand der Machtlosigkeit befindet. Die gemeinsame Aktion ist unmöglich geworden; die entmutigten Arbeiter sind in Gleichgültigkeit ver- fallen zum Vorteil des Unternehmertums, das trotz all, eine un- organisierte, d. h. entwaffnete Arbeiterchaft vor sich zu haben. Das offene Resultat, zu dem die gewerkschaftlichen Zerplitte- rungen führten, ist folgendes: Verlust des Zusammengehörig- keitsgefühls, Niedergang der Mitgliederzahl, Gleichgültigkeit der Arbeitermassen, also ein Sieg für den Klassengegner.

Ich spreche die Hoffnung aus, daß Sie niemals diese Er- fahrungen machen müssen; die politischen Zerplitterungen werden verschwinden. Die Sowjetrepublik wird mit den anderen Staaten Bündnisse eingehen, die ihr erlauben, zu leben und sich zu ent- wickeln. An dem Tage werden die politischen Oppositionen sich vermindern.

Sozialistische Kameraden aller Richtungen! Wir Inter- nationalisten sind im Geiste schon Arbeiter des neuen Europa, des einigen Europa, in dem die Nationen nur als Provinzen betrachtet werden.

Diese neue Verfassung wird die Grenzen öffnen, die Zoll- schranken fallen lassen und die wirtschaftlichen Konkurrenzen be- seitigen. Unsere alte europäische Welt, das russische Volk natür- lich einbezogen, wird an der Verwertung der Reichtümer ihrer Scholle zum gemeinsamen Nutzen mitarbeiten.

In dieser Hoffnung begrüße ich Ihren Kongress und ver- traue auf seine Arbeit, auf das Ideal, das uns alle belebt, auf das Endziel, das wir verfolgen:

"Befreiung der Arbeit aus kapitalistischen Diensten!"
Darauf erfolgte am 2. Verbandstage gegen Abend unter Abfindung des ersten Beschlusses der Internationale der Schlus.

Stillegung der Rheinischen Glashütte A.-G.

Am 19. Juli 1928 erhielten wir von der Gewerbeinspek- tion Köln-Nord das folgende Schreiben zugestellt:
„Die Firma Rhein. Glashütte A.-G., Köln- Ehrenfeld, Güttenstraße, hat die Absicht angezeigt, den Betrieb stillzu- legen. Ich werde aus diesem Anlaß, am Mittwoch, dem 25. Juli d. J., um 12 Uhr mittags, im Büro der Firma eine Besprechung abhalten, und stelle ergebnis anheim, daran teilzunehmen. Sellwig, Gewerbeamt.“
An den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Bei der Verhandlung am 25. Juli teilte der General- direktor mit, daß der Auftragsbestand für die Flachglas- abteilung in den letzten vier Wochen so stark nachgelassen habe, daß an ein Weiterarbeiten nicht mehr gedacht werden kann. Allein in den letzten Wochen sei für 10.000 RM Flachglas auf Lager gesetzt worden. Genau so sei es mit der Hohlglasabteilung. Die Aufträge seien rapide zurückgegangen und die Preise seien so gedrückt, daß jeder Auftrag Verlust bringen müßte. 1924 bis 1927 sei mit Verlust gearbeitet worden, und die Banken seien nicht mehr bereit, weitere Kredite bereitzustellen. Aus dieser Zwangslage heraus habe der Aufsichtsrat beschließen, den Be- trieb stillzuliegen, da auch die Bemühungen, anderweitig Mittel zu beschaffen, fehlschlagen sind. Die anwesenden Organi- sationsvertreter sowohl der Arbeiter wie der Angestellten per- suchten, die Direktion und auch die Gewerbeinspektion zu über- zeugen, daß dieser krisenhafte Zustand kein dauernder sein werde. Im Interesse der Wirtschaft, der älteren Arbeiter im Betriebe und der Arbeiterschaft insgesamt sei es notwendig, den Be- trieb aufrecht zu erhalten. Unsere Bemühungen waren ver- gebens. Der Generaldirektor erläuterte nochmals die Stellung des Aufsichtsrates, und damit war der Fall für ihn erledigt. Die Stillegung der Flachglasabteilung mit 80 Arbeitern er- folgte am 11. August. Die Hohlglasabteilung mit 200 Beschäf- tigten wird am 13. August stillgelegt. Den Angestellten wird zum 15. August gekündigt. Der früheste Termin der Entlassung ist der 30. September. Die Entlassung der anderen Angestellten erfolgt am 31. März 1929.

Wer den Betrieb und die Geschäftstätigkeit der Direktion kennt, der wüßte, daß auf die Dauer der Betrieb nicht gehalten werden konnte. Hier mußte rationalisiert werden von oben bis unten. Von der Generaldirektion angefangen bis zum Nach- wächter herunter. Im vorigen Jahre wurde noch ein neuer Hohlglasofen gebaut mit der Begründung, daß dadurch die Rentabilität des Betriebes sichergestellt sei. Aufträge waren vorhanden, man schaute aber die Unkosten für die Aufsteking des Ofens, und so steht der neu erbaute Ofen jetzt da, ohne daß er in Betrieb genommen worden ist.

So kann auch hier zum Schluß betont werden, daß die Direktion selbst viel Schuld an der Still- legung trägt. Die Arbeiterschaft hat für ihren Teil große Opfer gebracht. Die Verdienste der Arbeiterschaft sind drei- mal reduziert worden, immer mit der Begründung und von dem Gedanken getragen, eine Betriebsstilllegung hindern zu halten. Alle Opfer waren vergebens, die Arbeiterschaft wird doch aus Straßenpflaster gesetzt. Hoffentlich betrachtet es die Direktion als ihre Pflicht, für die Unterbringung der alten Arbeiter besorgt zu sein, damit der Lebensabend dieser Alten nicht in erbitterter Not und Elend sein Ende findet.

Neuwerk

Wie bekannt wird, soll die vor einigen Monaten still- gelegte Glashütte in Neuwerk bei Schmiedefeld (Kr. Schleis- sungen) in den Besitz der Firmen Ab. Heinz in Friedrichs- werk bei Schleisungen und Wiegand & Bulle in Alten- feld übergegangen sein. Die frühere Besitzerin war eine Aktien- gesellschaft in Berlin. Die Wiederinbetriebnahme des Werkes soll in etwa drei Wochen erfolgen. Die Belegschaft, die vor der Stillegung in Neuwerk beschäftigt war, betrug 350 Per- sonen.

Dennoch sind bei Vershofen alle stillliegenden Betriebe nicht ausgenutzte Kapazität. Aus früheren Veröffentlichungen wissen wir, daß nicht ausgenutzte Läden als nicht ausgenutzte Kapazi- tät gerechnet werden. Beides führt m. E. zu Trugschlüssen.

Nach unserer Statistik (Bl. 12. 27) gab es im ganzen Reich 47 stillgelegte Betriebe. Wahrscheinlich gibt es noch einige mehr. Unsere Listen stellen werden manchen „Betrieb“, der schon längst anderen Zwecken zugeführt ist, gar nicht mehr mitzählen. Nun gibt es eine ganze Reihe „Betriebe“, die ihr Dasein auf die eine oder die andere Art verwirrt haben. Ein paar Duzend Betriebe könnten wir aufrufen, wir wollen es he- einigen bewenden lassen. Es liegen still: Porzellanfabrik in Weidenberg seit 1924; Budauer Porzellanfabrik in Arneburg; Fa. Buchert & Co. in Großbreitenbach; Porzellanfabrik C. & G. Carstens in Reven; Elektrotechnische Porzellanfabrik Vert & Voigt, Hertobau; Porzellanfabrik in Weitzelsdorf; Porzellan- fabrik Kottleberode; Porzellanfabrik Waus Erben, Breitenbach; Fa. Porz.-Fabr. Schmidt, Schleisungen; Fa. Joh. Chr. Eberlein in Pöckel; Fa. Fernm. Voigt Schaala, Großalmerrade; Fa. Schatzmeister & Lurdt, Gotha; Fa. Wöbendorf, Arnstadt, Naasdorf, Schmiedefeld, Fa. Friedmann & Kürbringer, Ehring- burg; Müller & Burthardt, Gumboldsdorf; Fa. Elster Porzellan- fabrik, Mühlhausen i. Vogtl.; Fa. Fischer, Steinbach bei Köp- pelzdorf; Fa. Sonntag & Söhne, Geiersthal; Fa. Porzellan- fabrik Svedtschbrunn.

Wir fragen nun: Sind diese und ähnliche „Betriebe“ bei der nichtausgenutzten Kapazität mitgerechnet? Hat man Freu- reuth, Wallendorf, Köllwitz mitgerechnet. Oder etwa gar Zwidan, das ausgereprochen stillgelegt wurde, weil der Konzern neue Betriebe erworben hat und nun rationeller in verschiede- nen Hütten arbeiten kann.

Da fällt uns noch ein Beispiel ein. Die Goldig A.-G. hat den Betrieb in Staffel angesetzt, wahrscheinlich um sich eine Konkurrenz vom Hals zu schaffen. In Goldig wird mit Hoch- druck gearbeitet. Die Leistungen aller in der A.-G. in Goldig Beschäftigten (es sind über 1000) sind in den letzten Jahren so gestiegen, daß Goldig den Ausfall von Staffel (circa 300 Per- sonen) bestimmt vermindert. Die Goldig A.-G. läßt heute schon in Staffel nur noch an einem Tag in der Woche arbeiten. Ist nun das, was in Staffel liegen bleibt, nicht ausgenutzte Kapazi- tät. Die Zahl der Läden, die jetzt in den Betrieben abgebrannt werden, ist gegenüber früherer Zeit gewaltig gestiegen. Wir können nachweisen, daß noch vor einigen Jahren in Werken pro Woche 10-12 Läden gebrannt wurden. Heute müssen 16 Läden gemacht werden. Bei über 100 Grad Wärme müssen heute die Läden ausgenommen werden.

Uns wurde berichtet, daß die Klotztaucher statt wie früher 8-9, heute 11, 12 und 13 Klotztaucher gießen und was gegossen ist, muß weggebrannt werden. Wir sehen fort und fort die Einfüh- rung technischer Verbesserungen in den Betrieben, Tunnelöfen, moderne Schmelzen, laufende Wänder und ähnliches. Alles dar- auf angelegt, die Produktion zu steigern. Wir wissen aus Er- fahrung und haben es in unserem Verbandsblatt und bei Bohn- verhandlungen viele Male bewiesen, daß die Leistungen der ein- zelnen Arbeitsparteien gewaltig gestiegen sind.

Wie denn, wenn sich die Produktion verfeinert hätte? Wenn a. B. viele Tausende Meßflaschen der feinsten Art hergestellt würden, solcher, die wegen ihrer reichen Dekorierung zwei- und dreimal geschmeißelt werden müssen? Vermindert diese Art der Produktion nicht das Tonnengewicht?

Würde das Tonnengewicht nicht steigen, wenn anstatt Artike- leinster Art, solche grober und schwererer Art hergestellt würden? B. B. dickwandige Maffectassen, schweres Hotelgeschirr usw.

Raummangel verbietet uns, heute ausführlicher zu werden. Der Argumentation von Herrn Dr. Vershofen über die Aus- nützung der Produktionskapazität können wir uns aber nicht an- schließen, denn es ist ja, daß ein Teil Fabrikator, den der Produktionskapazität zugrunde liegenden Zeitraum mehr aus- nützt und daß bei der Umstellung der Produktionskapazität vor- handener Zeitraum heute nicht mehr besteht.

Wir halten es für gewagt, die Beschäftigungslage der Por- zellanindustrie mit der von Herrn Professor Dr. Vershofen an- gewandten Ausnützung der Produktionskapazität zu begründen und daraus Schlüsse über den Grad der Geschäftslage zu ziehen, weil in der Praxis ein Betrieb bei 60-70 Prozent Zeitraum- ausnützung in allen Abteilungen auf beschäftigt sein kann, ein anderer Betrieb jedoch bei voller Ausnützung seines Zeitraumes für seine Dekorationsabteilungen nur 3 Tage Beschäfti- gung hat, also Kurzarbeit aufweist. Nach unserer Meinung kann praktisch der Fall eintreten, daß ein Stapelwarenbetrieb bei Umstellung auf Qualitätsware bei nur 60-65 Prozent Zeit- ausnützung überbeschäftigt ist, während ein Qualitätswarenbetrieb bei Umstellung auf Stapelwaren seinen Zeitraum zu 100 Proz. ausnützt und in anderen Abteilungen Kurzarbeit ein- führen muß.

Aus diesen und auch aus anderen Gründen halten wir es für angebracht, wenn Herr Professor Dr. Vershofen seine Grundlagen zu den Betrachtungen über die Porzellanindustrie einmal nachprüft, ob nicht etwa Fehlerquellen darin enthalten sind, die zu falschen Schlüssen führen müssen, ohne daß man es beabsichtigt.
E. Apel.

Frankfurt a. Main.

Die Firma Frankfurter Emailierwerke, in Neu-Isenburg, hat am Freitag, den 28. Juli 1928, die gesamte Belegschaft ausgesperrt, nachdem es als Brenner beschäftigte Kollegen wegen Lohndivergenzen die Arbeit verweigerten.

Die Firma lehnte ab, Nacht- und Sonntagsvergütung zu zahlen, weiter lehnte sie jede Erhöhung der Löhne ab. Dem Fabrikarbeiter-Verband lehnte sie jede Verhandlung ab. Die Brenner wurden am Donnerstag, den 26. Juli 1928 fristlos ent- lassen.

Schon bei der Lohnregelung im Mai 1927 traten ernste Differenzen zutage. Die Firma weigerte sich damals, die vom Schlichtungsausschuß festgesetzte Lohnerhöhung von 4 Pfennig zu zahlen. Die Löhne der Brenner schwanken zwischen 86 und 96 Pfennig. Die Bezahlung der Stundenlöhne ist willkürlich, einer wird gegen den anderen ausgesetzt.

Daß dieser Zustand nicht lange bleiben konnte, war jedem klar. Den Bemühungen unserer Organisation, einen Tarif zu schaffen, der der Arbeiterschaft und der Firma jede Differenz beseitigt hätte, wurde von Seiten der Firma härtester Wider- stand entgegengebracht. Der Metallindustriellen-Verband, dem die Firma schnell als Mitglied beitrug, sollte helfen. Auch heute weigert sich die Firma nach wie vor, mit uns zu verhandeln. Die Aussperrung betrifft 180 Kollegen und Kolleginnen.

Die Bemühungen der Firma, Streikbrecher zu bekommen, waren bis jetzt erfolglos. Wir hoffen, daß es dabei bleibt und die Firma ihren „Herr-im-Haus“-Standpunkt verlassen muß. Die Aussperrten werden aushalten, der uns aufgezwun- gene Kampf wird solange fortgesetzt, bis die Firma die Löhne und Arbeitsbedingungen mit der Organisation geregelt hat.

Stralsunder Sagenen

Anlässlich der 300-Jahr-Feier der Abwehr Wallensteins in Stralsund waren in der Schwedisch-Vommerischen Ausstellung „Stralsunder Sagenen“ aus dem dortigen Heimatmuseum aus- gestellt. Der unternehmende Besitzer der Insel Hiddensee, west- lich von Rügen, Rammerrat v. Giese, hatte um 1750 von Dr. Weigel in Stralsund ein Gutachten über den Hiddensee Ton- erbeten, der als vorzügliche Wallkererde erkannt wurde, und ließ ihn nun planmäßig abbauen, beim sogenannten „Fischfeld“ schlem- men und nach Stralsund verschiffen. Dort errichtete er 1757 in der Tribseer Straße 24 mit einem Kapital von 50.000 Talern eine große Faenecelabrie, die mit Unterbrechungen bis 1782 in Betrieb war und die sogenannten Tribseer Porzellan- fabrik

Geschäftsgang in der feinkeramischen Industrie.

In der feinkeramischen Industrie hat sich der Geschäftsgang in den ersten sechs Monaten d. J. ungefähr auf gleicher Höhe gehalten. Im allgemeinen kann man den Geschäftsgang als gut bezeichnen, wenn dabei auch nicht alle Zweige der Industrie gleichmäßig beteiligt waren. Der Monat Juni stand dem Monat Januar ungefähr gleich; im März und April hob sich der Ge- schäftsgang sogar noch etwas über die anderen Monate hinaus, was offenbar dem Einfluß der Leipziger Messe zuzuschreiben ist.

Einstufig entwickelt hat sich der Industriezweig der Erzeugung von elektrorotem Porzellan. Stark beschäftigt sind die Betriebe, die Geschirr-Porzellan herstellen — und hiervon wieder der Zweig, der die Tafelgeschirr-Industrie repräsentiert und die Steingutspülwarenindustrie. Die Tafel- geschirr-Fabrikation hat ihren Hauptsitz in Bayern. In diesem Bezirk war auch der Geschäftsgang besonders gut; das beweisen die zahlreichen Neueinstellungen, die Vermehrung der Beschäftig- tenzahl, sowie der geringe Prozentsatz an Arbeitslosen und Kurz- arbeitslosen, und die Verrichtung von Überstunden. Im Augen- blick sind in Bayern, ausschließlich des Koburger Bezirks, der bei uns zu Thüringen zählt, über 26.000 Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen beschäftigt.

Reben der Geschirr-Industrie haben, wie schon oben bemerkt, die Firmen, die die Fabrikation von Kristallen für elektrotech- nische Zwecke betreiben, ebenfalls eine stark belebte Aufzwei- sen. Wenn diese Betriebe im Jahre 1926 noch einen beacht- lichen Teil zu den Arbeitslosen und Kurzarbeitern stellten, so hat sich dieses im Vorjahre und auch in diesem Jahre erfreu- licherweise geändert. Die Fabrikation von Hoch- und Nieder- spannungsröhren ist daran gleich stark beteiligt.

In der Luxusindustrie kann man von einem einheitlichen Geschäftsgang nicht sprechen. Der Zweig, der die bessere Art Luxus fabriziert, war besser beschäftigt als der der Fabrikation gerinzwertiger Art. In den letzten Wochen wurde allerdings die Geschäftslage plötzlich ungünstiger, jedoch Kundinaunen aus- gesprochen und Kurzarbeit in einigen Betrieben angefangen wurden.

Interessant für uns ist, daß der Absatz von Porzellan im Inland gestiegen ist, währenddem die Ausfuhr gesunken ist. Daß der Absatz im Inland gestiegen ist, bezeugt die von den Gewerks- chaften vertretene Auffassung, daß nur eine gut beschäftigte und gut verdienende Arbeiterchaft in der Lage ist, den Konsum zu beleben. Dabei ist nicht unerwähnt zu bleiben, daß die vom Porzellangelehrten-Verband mit der Sünderchaft inszenierte Porzellankampagne und auch die kürzlich in Wiesbaden ver- anstaltete Porzellanausstellung zur Uebung des Absatzes im Inland beigetragen hat.

Wenn man unsere Statistik über Arbeitslosig- keit und Kurzarbeit zurundelegt, so kommt man im Jahresdurchschnitt zu folgendem Ergebnis: Im Jahre 1926 waren von je 100 Mitgliedern 13,3 arbeitslos und 22,8 waren Kurzarbeiter.

Im Jahresdurchschnitt 1927 waren es 5,1 Arbeitslose und 6,3 Kurzarbeiter. In den sechs Monaten des Jahres 1928 er- geben sich 5,8 Arbeitslose und 15 Kurzarbeiter.
Wir sind der Auffassung, daß unsere Statistik den günstigen Stand der Industrie noch nicht einmal voll widerspiegelt, weil wir verschiedene ungünstige Faktoren von vornherein mit in Rechnung stellen.

Unter den Arbeitslosen im Jahre 1926 und 1927 waren a. B. diejenigen enthalten, die in Frauenth und im Schwesterbetrieb in Wallendorf entlassen wurden. Die Entlassungen müßten nicht etwa wegen Auftragsmangel erfolgen, sondern wegen vererbter Dispositionen der Direktoren. In Frage kommen in diesen beiden Werken ca. 800 Personen, die lange Zeit unsere Statistik belasteten. Dabei spielte die Freizügigkeit eine Rolle, die in Zeiten einer allgemeinen Wohnungsnot eben nicht mehr gegeben ist. Weiter wurde im März 1927 in einem Werk (Köllwitz) mit ca. 180 Beschäftigten gestreikt; nach dem Streik konnte das Werk trotz Auftragsbestand keine Waren bis heute noch nicht wieder öffnen. Der Kahl-Schomburg-Konzern hat durch Fusionen neue Betriebe erworben. Ein Betrieb (Zwidan in Sachsen mit 320 Beschäftigten) wurde dadurch übrig und stillgelegt. Auch die Arbeitslosen von Köllwitz und Zwidan belasteten lange Zeit unsere Statistik aus oben angeführten Gründen. Dazu kommt, daß unsere Statistik sich nur auf unsere Mitglieder erstreckt. Alle in der Industrie Beschäftigten sind aber leider noch nicht unsere Mitglieder. Auch andere freie, sowie die christlichen und Nicht-Dunderschen Organisationen zählen Porzellanarbeiter zu ihren Mitgliedern.

Würde man die Zahl der Arbeitslosen mit der Zahl der Beschäftigten (nach unserer Zählung am 31. 12. 27 waren es 41.470 männl., 33.464 weibl., zusammen: 74.934) in Relation stellen, so läme ein weit günstigeres Bild über den Stand der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit und damit über den Geschäftsgang überhaupt heraus.

In einem Artikel in der „Vossischen Zeitung“ vom 4. 7. d. J., beschäftigt sich Herr Professor Dr. Vershofen auch mit dem Geschäftsgang der feinkeramischen Industrie, vorwiegend mit dem Zweig der Fabrikation von Porzellanwaren, die für den Haushalt bestimmt sind und in ihm Verbrauch- oder Bier- zwecken dienen. Dabei kommt Herr Dr. Vershofen zu anderen, ungünstigeren Schlüssen über die Geschäftslage als wir.

Dr. Vershofen sagt u. a.: Die Produktionskapazität der deutschen Porzellanfabriken beträgt pro Jahr rund 100.000 Tonnen. Diese Produktionskapazität ist im vergangenen Jahre 1927 mit rund 70.000 Tonnen oder 60 Prozent ausgenutzt wor- den, so daß 34 Prozent der Kapazität brachliegen haben. Wei- ter sagt Dr. Vershofen wörtlich:

Natürlich ist dieses Hauptcharakteristikum ein durch- schnittliches und nicht für alle Fabriken das gleiche. Es hat extrem gelagerte vollbeschäftigte und entgegengesetzt extrem gelagerte völlig stillliegende Fabriken daneben. Beim Gros- der Fabriken beträgt die nicht ausgenutzte Produktionsfähig- keit rund 25 Prozent. Das hat sich auch im Jahre 1928 bisher nicht wesentlich geändert. Hieraus ergibt sich die theoretische Möglichkeit, lediglich die vollbeschäftigten Betriebe auszunut- tern und nach ihrem Geschäftsergebnis die Lage der gesamten Industrie zu beurteilen. Wenn man bei solchem Verfahren zu dem Urteil kommt, die Porzellanproduktion sei wieder leb- hafter und auch rentabler geworden, so ist das notwendiger- weise ein Trugschluß, da die Symptome der gut arbeitenden Fabriken eben nicht für die Gesamtlage charakteristisch sind.“

Dies können wir beim besten Willen den Argumenten des Herrn Dr. Vershofen über die Geschäftslage der Industrie nicht folgen. Dr. Vershofen teilt die ausgenutzte Kapazität zugrunde.

anfertigte, Tafelgeschirre, Kacheln und dgl. Waren, etwa nach Delfter Art. Sie eroberten sich schnell einen großen Markt in Norddeutschland und im Ausland. Im Jahre 1767 übernahm Ehrenreich die Leitung, der bis dahin an der Marieberger Fabrik gewesen war. Er brachte eine große Anzahl schwebischer Arbeiter mit, und so ist es zu erklären, daß die Erzeugnisse Straßunds denen Schwabens stilistisch sehr nahesteht. Nach dieses Tode (1780) ergaben sich finanzielle Schwierigkeiten, und schließlich ging die Fabrik wieder ein. Die Stücke sind heute selten geworden. Im Straßunder Heimatmuseum ist ein ganzes Zimmer mit ihnen gefüllt, und in der „Biegebürg“ zu Kloster auf Dübensee, die Verhart Hauptmann bei seinem dortigen Aufenthalt bewohnt, besteht ein Ofen aus alten Dübenseer Kacheln, ebenso ein Ofen in einem Privathause in der Warther Straße zu Straßund.

Landwirtschaft und Ziegeleibesitzer.

Seit Inkrafttreten des Arbeitslosenversicherungsgesetzes wird von den Arbeitgebern gegen dieses Gesetz Sturm gelaufen. Es erscheint fast keine Nummer einer Arbeitgeberzeitung, in der nicht in irgendeiner Form darauf hingewiesen wird, welche schwere Schädigungen die Arbeitslosenversicherung für die Industrie und Landwirtschaft mit sich gebracht habe. Von der Industrie wird immer wieder betont, daß die neue Versicherung der Arbeiter keinen Anreiz mehr zur Arbeit gäbe, weil die Unterstützung fast ebenso hoch sei wie der Lohn, welcher in manchen Industriezweigen verdient würde. Weiter wird gerade von der Schwerindustrie durch ihre politischen Freunde, sowohl im Reichstage wie im Reichsministerium versucht, eine Aenderung der jetzt geltenden Bestimmungen herbeizuführen. Kleinliche Verteilungen von Arbeitnehmern gegen die Bestimmungen des Gesetzes müssen dazu herhalten, um diesen Bestrebungen Vorschub zu leisten. Es finden sich aber auch Wissenschaftler und Gelehrte, die für gute Bezahlung „wissenschaftlich“ nachzuweisen versuchen, daß es im Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft liege, daß eine Aenderung zahlreicher Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes notwendig sei. Daß auch die Ziegeleibesitzer eine Verschlechterung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes gern sehen, dürfte außer allem Zweifel sein. Es vergeht keine Tagung eines Ziegeleibesitzerverbandes, wo nicht zu dieser Frage Stellung genommen wird. Bei der bekannten Einstellung der Ziegeleibesitzer zu sozialen Fragen ist es leicht verständlich, daß gerade auf ihren Tagungen in sehr scharfen Worten gegen das Arbeitslosenversicherungsgesetz Sturm gelaufen wird. Gerade diese Kreise empfinden jede kleine soziale Verbesserung als eine starke Belastung ihrer Betriebe. Wird doch gerade von den Ziegeleibesitzern betont, daß die soziale Lasten für ihre Betriebe zu groß seien. Schon im letzten Winter mußten die Ziegler erfahren, daß die Bestrebungen der Arbeitgeber bis zu einem gewissen Grade von Erfolg waren.

Die bekannte Verordnung der Reichsamtstalt für Arbeitslosenversicherung vom 12. Dezember 1927, wonach die Saisonarbeiter eine längere Wartezeit als die übrigen Arbeiter durchmachen sollten, ist noch in aller Erinnerung. Durch die Bestrebungen der Organisation gelang es, für bestimmte Gebiete in den einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken die dreiwöchentliche Wartezeit auf eine Woche herabzusetzen. Soweit die Unterstützungshöhe und die Dauer der Unterstützung in Frage kommt, sind zurzeit Bestrebungen im Gange, für die Saisonarbeiter wesentliche Verschlechterung herbeizuführen. Die jetzt geltenden Bestimmungen für die Saisonarbeiter sind bis zum Herbst verlängert worden. Für den kommenden Winter soll die Unterstützung für die Saisonarbeiter auf eine neue Grundlage gestellt werden. Die Bestrebungen des Arbeitgeberturns gehen dahin, daß die Saisonarbeiter eine bedeutend längere Wartezeit als andere Industriearbeiter zurüchlegen sollen oder daß die Unterstützungshöhe wesentlich niedriger sein müßte. Von denjenigen Organisationen, die Saisonarbeiter als Mitglieder haben, wird versucht, diesen Ansturm des Arbeitgeberturns abzuwehren. Ob dies im vollen Umfange gelingt, kann noch nicht gesagt werden. Sollte es nicht gelingen, mindestens die bisherigen Bestimmungen und die Unterstützungshöhe aufrecht zu erhalten, so liegt die Schuld an denjenigen, die bis jetzt noch nicht den Weg zur Organisation gefunden haben.

Aber nicht bloß allein wird vom Arbeitgeberturn auf Abbau der Arbeitslosenversicherung gedrängt, sondern es gibt Ziegeleibesitzerverbände, die versuchen, die Freizügigkeit der Zieglerkraft zu unterbinden. In dieser Frage scheinen sich Zieglerindustrie und Landwirtschaft die Hände zu reichen. Im Februar dieses Jahres fanden überall in deutschen Reich die Landwirtschafsdemonstrationen statt. Alle Redner, die auf diesen Tagungen sprachen, schienen es als ihre erste Pflicht zu betrachten, gegen die Arbeitslosenversicherung vom Veder zu ziehen. Entschuldigungen auf Abbau der Arbeitslosenversicherung wurden gesagt und den Reichs- und Landesbehörden zugestellt. Landwirtschaft und Zieglerindustrie scheinen sich im Kampfe gegen die Saisonarbeiter aber auch noch näher zu verbünden. In der „Landwirtschafts-Zeitung“ Nr. 47 vom 9. Juni d. J. lesen wir folgendes:

Die Bezirksgruppe des Kreisverbandes land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber Schwabens im Bannheim mit der Bezirksbauernkammer hat in Schwabmünchen die Vertreter der Ziegeleien und Baugewerbes zu einer offenen Aussprache über die Arbeitspflicht in der Landwirtschaft eingeladen. Auch ein Vertreter des Bezirksamtes ist erschienen.

Durch den Vorsitzenden des Verbandes wurde festgestellt, daß in diesem Jahre die Abwanderung der landwirtschaftlichen Arbeiter so groß war, wie noch nie zuvor. Am 1. März seien noch rund 200 Jahresdienspflichtigen auf dem verhältnismäßig kleinen Bezirke umbelegt gewesen und werden nach den seitherigen Erfahrungen nicht mehr dekret werden.

Diese Abwanderung hat keine Ursache im unrichtigen Aufbau des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Ein großer Teil von Bauern, Söhne und Töchter kleiner Landwirte, die nicht alle an Löhnen sind, sind in der Landwirtschaft verbunden. Sie gehen es heute der, sich mit einer kurzen, aber höher bezahlten Saisonarbeit im Baugewerbe zu begnügen. In den Wintermonaten sehen sie sich heim ins elterliche Land zurück. Sie brauchen dort die nicht zureichende Arbeitslosenunterstützung auf Kosten der Allgemeinheit. Das ist die Landflucht in kurzer Zeit auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt katastrophal auswirken mag, was allen Kennenbuben klar. Es ist ein großer Fehler, daß auf Kosten der Allgemeinheit jährlich tausende von Arbeitlosen in Stadt und Land untergebracht werden, während auf der anderen Seite keine Arbeiter angetreten sind.

Nach lebhafter Aussprache kam man zu folgender Vereinbarung: Die Vertreter der Ziegeleien und Baugewerbes im Bezirk Schwabmünchen sind bereit, im Vertriebsjahr 1928 landliche Arbeitskräfte, die bisher schon im Versicherungsgebiet der Arbeitslosenversicherung waren, grundsätzlich nicht einzustellen. Landwirtschafliche Arbeiter, die bisher noch nicht in fremden Diensten gebunden haben, dürfen nicht beschäftigt werden. Die Ziegeleien und Baugewerbetreibenden verpflichten sich, für locale Unterbringung dieser Vertriebskräfte Sorge zu tragen. Die Geschäftsführer der landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände werden ermächtigt, die Vereinbarungen in den Tagesitzungen zu berücksichtigen. Dieser Vorschlag ist ihnen, wie so viele andere, daß das Arbeitslosenversicherungsgesetz schwere Schäden für die einzelnen Wirtschaftsbetriebe, wie auch für die Allgemeinheit mit sich bringt, und daß es allerhöchste Zeit ist, dieses Gesetz endlich mal gründlich zu revidieren. N. B. Escherich schreibt die Landwirtschafts-Zeitung

Hieraus erhellen wir, daß mit allen Mitteln das Arbeitgeberturn versucht, einen Abbau der Arbeitslosenversicherung herbeizuführen. Das die Ziegeleibesitzer und Landwirtschaft diesen Bestrebungen nicht fernstehen, sondern sie tatkräftig unterstützen, ist selbstverständlich. Wird das Vorgehen der schwabischen Ziegeleibesitzer und Arbeitgeber der Landwirtschaft Schule machen, dann wären die Saisonarbeiter auf die Gnade der Arbeitgeberverbände angewiesen.

Es liegt daher an den Saisonarbeitern selbst, daß die Organisation gestärkt wird, und ihr immer neue Mitglieder zugeführt werden. Geschieht dies, dann haben wir die Gewähr, daß alle Bestrebungen auf Verschlechterung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes abgewehrt werden können. Daran mitzuarbeiten muß die erste Pflicht eines jeden Saisonarbeiters sein.
Konrad Pottjast, Detmold.

Allgemeinverbindlich erklärt.

Der Reichsarbeitsminister. Berlin, den 25. Juli 1928.
Illb 2911/81 Zar.

Entscheidung.

Die nachstehende tarifliche Vereinbarung wird für den angegebenen Geltungsbereich, gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung in der Fassung vom 1. März 1928 (Reichsgesetzbl. I, S. 47), für allgemeinverbindlich erklärt:

- Vertragsparteien:
 - a) auf Arbeitgeberseite: Bund nordwestdeutscher Ziegeleien und verwandter Betriebe, e. V., Hannover,
 - b) auf Arbeitnehmerseite: Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau I, Hannover, Gewerkschaft deutscher Ziegler, Gau VII, Hannover.
- Abgeschlossen am 17. April 1928, Vereinbarung nebst Lohnabelle. Nachtrag zum allgemeinverbindlichen Tarifvertrage vom 2. Juni 1926.
- Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeitnehmer in Ziegeleien.
- Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim (mit Ausnahme der Goslarischen Dampfziegelei am Osterfeld, O. Braun, in Goslar, und des Betriebes der Gewerkschaft Steinberg, Hann.-Münden), Lüneburg (mit Ausnahme der Kreise Harburg und Winjen a. d. L.), Osnabrück (mit Ausnahme der Ziegelei der Abtei Lüneburg-Biesberg der Klosterwerke, A.-G. in Osnabrück), der Kreis Hildesheim (Grafschaft Schaumburg, Regierungsbezirk Kassel) und der Freistaat Schaumburg-Lippe.

Die Ausdehnung der allgemeinen Verbindlichkeit auf die Goslarische Dampfziegelei am Osterfeld, O. Braun, in Goslar, und den Betrieb der Gewerkschaft Steinberg, Hann.-Münden, bleibt vorbehalten.

Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 15. Mai 1928. Die allgemeine Verbindlichkeit der Vereinbarung nebst Lohnabelle vom 20. April 1927 tritt mit Ablauf der Vereinbarung außer Kraft.

Eingetragen am 27. 7. 1928 Im Auftrage: gez. Dr. Busse.
auf Blatt 8205 I. Nr. 5 Beglaubigt: gez. Unterschrift.

Man sollte es nicht für möglich halten!

In diesem Jahre habe ich das Vergnügen, auf einer Ziegelei in Hogeislar beschäftigt zu sein. Im Laufe der letzten Jahre war es mir überall dort, wo ich als Vertrauensmann tätig war, möglich, meine Mitarbeiter, wenn auch nicht alle, so doch den größten Teil für den Verband zu gewinnen. Bei meinen Mitarbeitern in diesem Jahre scheint Hopfen und Malz verloren zu sein. Selbstverständlich habe ich, als ich meine Arbeit hier antrat, es als meine erste Pflicht gehalten, die Kollegen für den Verband zu gewinnen. Aber ich muß ehrlich gestehen, daß es mir bis heute bei meinen Arbeitskollegen noch nicht gelungen ist. Fragt man die Kollegen, warum sie nicht in den Verband hinein wollen, dann heißt es: „Wenn die anderen hineingehen, tue ich das auch.“ Hier ist dem einen vor dem anderen bange. Der eine macht den anderen beim Wessler schwarz. Daß unter diesen Umständen der Ziegeleibesitzer schaltet und waltet, wie es ihm beliebt, ist selbstverständlich. Nachdem ich hier eine kurze Zeit beschäftigt war, erfuhr ich zu meinem Erstaunen, daß die Kollegen 4 bis 6 Pf. unter dem Tarif bezahlt wurden. Meine Mitarbeiter erzählten mir, daß der Besitzer verlangt habe, sie sollten aus dem Verband herausbleiben. Er bezahle 2 Pf. unter Tarif, und wenn sie dann den Verbandsbeitrag berechneten, dann käme alles auf eins heraus. Auf meine Frage, ob sie denn jetzt mit dem Lohne zufrieden seien, erhielt ich die Antwort: „Besser, als wenn wir im Verbands wären.“ Ich glaube, bei diesen Arbeitern wäre es angebracht, wenn der Besitzer den Arbeitern noch mehr vom Lohn abziehen würde, damit den Kollegen erst zum Bewußtsein käme, in welcher unwürdigen Weise sie die Interessen der Zieglerkraft schädigen.

Aber leider ist es auch hier so wie in vielen anderen Gegenden, wo die kleinen Landwirte die Arbeit auf der Ziegelei nur als Nebenarbeit betrachten. Sie gehen abends heim, arbeiten auf ihrem Felde und glauben dann, daß für sie der Lohn ausreicht, während die anderen, die nur von ihrer Hände Arbeit leben müssen, selbstverständlich bei solchen Verhältnissen unter die Räder kommen. Wann werden solche Kollegen mal zur Einsicht kommen, daß es so nicht weitergehen kann?

Ich glaube, wenn diese Arbeiter zu ihrem niedrigen Lohn noch jeden Tag eine Portion Prügel bekommen würden, auch dann würden sie noch erklären: „Uns geht's ganz gut.“

Trotzdem man solche Erfahrungen macht, darf man nicht verzweifeln, sondern muß immer wieder mit neuem Mut an die Arbeit gehen. So daß man die Hoffnung hat, daß auch diese Kollegen einmal zur Einsicht kommen werden, weil ohne Organisation die Lebenslage der Arbeiter nicht besser werden kann.

Einkommensteuerenkung

Das Gesetz über die Senkung der Einkommensteuer ist im Reichsgesetzblatt verkündet worden. Bei der Stabilität des Gesetzes wollen wir den Inhalt desselben zusammenfassend wiedergeben.

Ermächtigt wird die nach den Vorschriften der §§ 70, 74 des Einkommensteuergesetzes zu erhebende Einkommensteuer (Steuerabgabe vom Arbeitslohn) um 25 Proz., jedoch in den Fällen des § 70 höchstens um 3 RM monatlich bei Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate, um 7 Pf. wöchentlich bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitsstage und um 5 Pf. zweifach bei Zahlung des Arbeitslohnes für je zwei Arbeitstage oder volle Arbeitsstunden. Die veranlagte Einkommensteuer wird um 25 Proz., höchstens jedoch um 36 RM jährlich ermäßigt, wenn das Einkommen den Betrag von 15 000 Reichsmark nicht übersteigt. Diese Vorschriften gelten für den Arbeitslohn, der für eine nach dem 30. September 1928 erfolgende Dienstleistung gewährt wird, und bei Veranlagung erstmalig für Steuerabschnitte, die in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres 1928 enden, bei diesen jedoch mit der Maßgabe, daß die Einkommensteuer um 18 Proz., höchstens aber um 27 RM jährlich gemindert wird. Ferner wird im § 70 folgende neue Vorschrift eingefügt: Bei Berechnung der Steuer ist der Arbeitslohn bei Zahlung für volle Monate auf den nächsten durch 5 teilbaren Reichs-

markbetrag, bei Zahlung für volle Wochen auf den nächsten vollen Reichsmarkbetrag, bei Zahlung für volle Arbeitstage auf den nächsten durch 20 teilbaren Reichspfennigbetrag, bei Zahlung für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden auf den nächsten durch 5 teilbaren Reichspfennigbetrag nach unten abzurunden.“ Diese Vorschrift findet erstmalig auf der Arbeitslohn Anwendung, der für eine nach dem 30. September 1928 erfolgende Dienstleistung gewährt wird.“

Durch die Steuerermäßigung werden ungefähr 125 Millionen Reichsmark den Lohn- und Gehaltsempfängern in Jahre an Einkommen mehr belassen als bisher. Das ist noch nicht viel. Die Wähler und Wählerinnen aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen müssen daran erkennen, daß sie durch ihre Stimmabgabe noch mehr tun müssen, die schwachen Steuerpflichtigen zu entlasten und die starken zum Tragen der Kosten mehr heranzuziehen.

Die Zahlstelle

Kahnhütte i. Thür.

Sucht zum 1. September einen tüchtigen Geschäftsführer. Bewerber müssen mit allen einschlägigen Verbands- und Büroarbeiten vertraut und rechnerisch und agitatorisch befähigt sein. — Bedingung: Fünfjährige Verbandszugehörigkeit. Der Bewerbung ist eine handschriftliche Schilderung des Lebenslaufes sowie der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung beizufügen. Bewerbungsschreiben sind bis spätestens 20. August 1928 mit der Aufschrift: „Bewerbung“ einzureichen an Paul Schneider, Erfurt-Nord, Poststr. 107.

Ausschlüsse. Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 14, Ziffer 3a, des Verbandsstatuts folgende Mitglieder der Zahlstelle Wunzlau: 1. Georg Thomas, Buch-Nr. 835 894; 2. Hugo Naumann, Buch-Nr. 770 032, S. II; 3. Gust. Graf, Buch-Nr. 542 936, S. II; 4. Kurt Gottwald, Buch-Nr. 735 851, S. II; 5. Hermann Gottwald, Buch-Nr. 61 635, S. II; 6. Waldemar Duleghy, Buch-Nr. 835 879; 7. Richard Varnicht, Buch-Nr. 61 506, S. II; 8. Wilh. Klumberg, Buch-Nr. 770 017, S. II; 9. Ernst Wahler, Buch-Nr. 770 182, S. II; 10. Otto Helmchen, Buch-Nr. 757 603, S. II; 11. Paul Rogner, Buch-Nr. 533 513, S. II; 12. Simon Klemme, Buch-Nr. 616 881, Kartennummer.

Warnung vor Max Werner.

Ein gewisser Max Werner, der vorgibt, Mitglied unseres Verbandes zu sein, sucht zurzeit unsere Zahlstellen heim, um Sozialisten zu erreichen. Dabei hat er es verstanden, durch seine Geschicklichkeit sich von Kassierern der Bezirkszahlstellen Ausweise zu verschaffen, um mit denselben wieder andere Zahlstellen zu brandhaken. Unbegreiflicherweise haben ihm Bezirkskassierer bestätigt, daß seine Angaben betr. Organisationszugehörigkeit auf Wahrheit beruhen, ohne daß sie Gelegenheit hatten, sich über die Wahrheit dieser Angaben zu informieren. Werner gibt an, zuletzt in Ungarn gearbeitet zu haben. Unter anderem gibt er an, daß sich sein Mitgliedsbuch in Hannover beim Hauptvorstand befände. Das ist nicht wahr. Wir warnen alle Zahlstellen davor, dem betreffenden Werner Geldmittel auszubändigen, da der dringende Verdacht besteht, daß er überhaupt kein Verbandsmitglied ist. Werner ist auch verschiedene Male, wenn seine Bemühungen keinen Erfolg hatten, rabiat geworden.

Gesucht!

Wer kann Aufenthaltsort des Glasmachers P. J. A. n. t. o. n., angeben, geboren am 16. 10. 86 in Tschib (Tschibolowa), letzter Aufenthalt bekannt von Namenz in Sachsen. Nachricht an G. F. Schuler in Penzig, Ober-Lausitz, Langauerstraße 35.

Arbeitsmarkt.

Tüchtiger Formendrehergehilfe, ledig, firm im Bleisglasformen, bei hohem Lohn per sofort gesucht. Glasbüttelwerk in Pei, N.-L. (430b)
Einige unverheiratete tüchtige Steinzeugröhrenkörper nach dem Ausland per sofort gesucht. Bewerbungen sind zu richten an H. S. G. S. A. S. L. i. n. k. e. r. & C. H. a. m. o. t. t. e. n. s. f. a. b. r. i. k., Bornholmskaolin, Chamotte- & Klinkerfabriker. (431b)
Glasmachermeister für Bleikristall und Ueberfang, wie Römer, Karaffen, Krüge, Schalen usw., zum baldigen Antritt gesucht. Bei guter Arbeitsleistung wird ein hoher Verdienst zugesichert. Wohnung vorhanden. Angebote an Glasblüte Rohrbach & Böhm, Kreis Glas. (431c)
2 Glasbläser, ledig, gut eingearbeitet auf Tischschiff, sowie leichte Kammelarbeiter, suchen für sofort Stellung. Angebot an Arbeitsnachweis Bruno Schwedler, Hoherwerda Ober-Lausitz. (433)
Steingutfabrik Villeroy & Boch, Septfontaines bei Luxemburg, sucht per sofort 1 Zellerformer, 1 Tassenformer, der auch das Garnieren besorgt. (434)
Wir suchen zur sofortigen Einstellung jüngere, unverheiratete Weber und Dreher, für feinstes Gebrauchsgeschirre in hauernde Beschäftigung. Ausführliche Bewerbungen an die Arnhemse Fayencefabrik, Amsterdamschen, Arnhem, Holland. (435)
Tüchtiger Presser für Akkumulatorenlasten, möglichst ledig, sofort gesucht. Angeb. an Glaswerke-Vitriengefäßschaff, Lieban, Schlesien. (436)
Gesucht werden 2 tüchtige Anfänger für Kelle, sowie ein tüchtiger Steinprenger für Ladeartikel. Karl S. L. u. r. i. a., Pieson, Schlesien. (437)
Mehrere Anfänger (Maier) auf Kelle rhein. Art für sofort gesucht. Auch werden noch Einträger eingestellt. Angebote sind an den Arbeitsnachweis Bruno Lustig, Berl.-S. P. e. n. i. d., Wendenlohnstraße 64, zu richten. (438)
Gesucht werden für sofort einige perfekte Flaschenmacher auf norddeutsche Art. Angebote sind zu richten an den Kollegen Franz S. t. a. h. l., P. o. n. i. a. z. e. i. k. Thüringen, Glasblüte. (439)
Gesucht werden für sofort oder in 14 Tagen mehrere Kellermacher für Zylinder und Größzeug. Wohnung vorhanden. (Antoniushütte) Angebote an W. B. r. a. u. e. r., G. r. o. b. r. a. f. s. c. h. e. n., Wahnhoffstr. 10. (440)
Drei bis vier tüchtige und flotte Gold-Filet-Maler sowie einen tüchtigen Schmelzer für Türbringer Zug und zwei flotte Stahlenderinnen für Hotelgeschirre bei gutem Lohn gesucht. Johannes Schumacher, Altona a. d. Elbe, Dreierstraße Nr. 20/26. (441)
Glasmacher für Rotal und leichte Schleiszeug sucht für bald oder später Stellung. Wohnung ist Bedingung. Angebote an den Arbeitsnachweis für die Glasindustrie Weiswasser (D.-L.), Mustauerstr. 6.
Tüchtiger Schmelzermeister in ungekündigter Stellung sucht für sofort oder später Arbeit. Angebote an den Arbeitsnachweis für die Glasindustrie Weiswasser (D.-L.), Mustauerstr. 6.